Deutscher Bundestag **Drucksache 18/10546**

18. Wahlperiode 01.12.2016

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/10013 –

Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika unterstützen – Absetzung der Präsidentin Brasiliens missbilligen

A. Problem

Die Antragsteller fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, die Absetzung der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff im September 2016 zu missbilligen. Zwar sei das Verfahren formal regelgerecht, aber offensichtlich politisch motiviert gewesen, und es habe gegen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen. Dieser Vorgang sei eine schwere Belastung für den lateinamerikanischen Integrationsprozess. Die Arbeiterpartei von Dilma Rousseff habe im letzten Jahrzehnt mit Sozialprogrammen mehr als 40 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer aus der Armut geholt. Die Übergangsregierung von Präsident Michel Temer fühle sich an das Wahlprogramm der gewählten Regierung nicht gebunden; sie wolle vielmehr soziale Errungenschaften abbauen, obwohl sie dazu nicht durch Wahlen legitimiert sei. Geplant sei unter anderem, mit einem umfassenden Privatisierungsprogramm ausländische Investoren ins Land zu holen und brasilianisches Agrarland an ausländische Konzerne zu verkaufen. Neben Einschränkungen bei Arbeitnehmerrechten, Mindestlohn sowie Rentenalter solle auch die verfassungsmäßige Verpflichtung aufgehoben werden, 18 Prozent der Steuergelder in Bildung und 15 Prozent in Gesundheit zu investieren.

Die Bundesregierung solle darauf hinwirken, dass die EU den undemokratischen Machtwechsel nicht dazu nutze, das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten nun beschleunigt voranzutreiben. Die freihandelskritische und antineoliberale Position der Arbeiterpartei sei in den letzten Präsidentschaftswahlen klar bestätigt worden, während sich die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung Temer noch keinem Wählervotum gestellt habe.

Auch in anderen Mercosur-Mitgliedstaaten sowie weiteren lateinamerikanischen Ländern haben sich schwerwiegende Veränderungen vollzogen und Krisen zugespitzt, so die Antragsteller. In Venezuela stünden sich Regierung und Opposition unversöhnlich gegenüber. In Argentinien sei der demokratische Übergang von einer rechten zu einer linken Regierung von einer Zuspitzung sozialer Konflikte

begleitet. In Kolumbien könne sich die Situation nach Ablehnung des Friedensabkommens durch eine Volksabstimmung wieder krisenhaft zuspitzen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der neuen brasilianischen Regierung ihre Missbilligung über die Absetzung von Präsidentin Rousseff zum Ausdruck zu bringen, darauf zu drängen, dass das Volk über den künftigen politischen Kurs befragt wird, etwa durch baldige Neuwahlen vor 2018, in den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Mercosur-Staaten nicht auf Liberalisierung und Privatisierung, sondern auf inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu setzen, den Verhandlungsprozess über ein Freihandelsabkommen folgerichtig bis nach Neuwahlen in Brasilien auszusetzen sowie auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas zu verzichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/10013 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2016

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Nick, Niels Annen, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10013** in seiner 196. Sitzung am 20. Oktober 2016 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, die Absetzung der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff im September 2016 zu missbilligen. Zwar sei das Verfahren formal regelgerecht, aber offensichtlich politisch motiviert gewesen, und es habe gegen demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen. Dieser Vorgang sei eine schwere Belastung für den lateinamerikanischen Integrationsprozess. Die Arbeiterpartei von Dilma Rousseff habe im letzten Jahrzehnt mit Sozialprogrammen mehr als 40 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer aus der Armut geholt. Die Übergangsregierung von Präsident Michel Temer fühle sich an das Wahlprogramm der gewählten Regierung nicht gebunden; sie wolle vielmehr soziale Errungenschaften abbauen, obwohl sie dazu nicht durch Wahlen legitimiert sei. Geplant sei unter anderem, mit einem umfassenden Privatisierungsprogramm ausländische Investoren ins Land zu holen und brasilianisches Agrarland an ausländische Konzerne zu verkaufen. Neben Einschränkungen bei Arbeitnehmerrechten, Mindestlohn sowie Rentenalter solle auch die verfassungsmäßige Verpflichtung aufgehoben werden, 18 Prozent der Steuergelder in Bildung und 15 Prozent in Gesundheit zu investieren.

Die Bundesregierung solle darauf hinwirken, dass die EU den undemokratischen Machtwechsel nicht dazu nutze, das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten nun beschleunigt voranzutreiben. Die freihandelskritische und antineoliberale Position der Arbeiterpartei sei in den letzten Präsidentschaftswahlen klar bestätigt worden, während sich die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierung Temer noch keinem Wählervotum gestellt habe.

Auch in anderen Mercosur-Mitgliedstaaten sowie weiteren lateinamerikanischen Ländern haben sich schwerwiegende Veränderungen vollzogen und Krisen zugespitzt, so die Antragsteller. In Venezuela stünden sich Regierung und Opposition unversöhnlich gegenüber. In Argentinien sei der demokratische Übergang von einer rechten zu einer linken Regierung von einer Zuspitzung sozialer Konflikte begleitet. In Kolumbien könne sich die Situation nach Ablehnung des Friedensabkommens durch eine Volksabstimmung wieder krisenhaft zuspitzen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der neuen brasilianischen Regierung ihre Missbilligung über die Absetzung von Präsidentin Rousseff zum Ausdruck zu bringen, darauf zu drängen, dass das Volk über den künftigen politischen Kurs befragt wird, etwa durch baldige Neuwahlen vor 2018, in den wirtschaftlichen Beziehungen zu den Mercosur-Staaten nicht auf Liberalisierung und Privatisierung, sondern auf inklusive wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu setzen, den Verhandlungsprozess über ein Freihandelsabkommen folgerichtig bis nach Neuwahlen in Brasilien auszusetzen sowie auf jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas zu verzichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 18/10013 in seiner 96. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/10013 in seiner 74. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/10013 in seiner 71. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/10013 in seiner 75. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10013 in seiner 83. Sitzung am 30. November 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 30. November 2016

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Niels Annen
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333